

Beschlußempfehlung und Bericht **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/6903 –

Mit einem Nachtragshaushalt die Arbeitslosigkeit bekämpfen
und den Bundeshaushalt auf eine solide Basis stellen

A. Problem

Der für das Jahr 1997 erwartete drastische Anstieg der Arbeitslosenzahlen und die hinter den Schätzungen des Vorjahres zurückgebliebenen Steuereinnahmen 1996 haben im Bundeshaushalt 1997 bereits zu Jahresbeginn zu einer Haushaltslücke in zweistelliger Milliardenhöhe geführt.

B. Lösung

Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, die Bundesregierung mit der Aufstellung eines Nachtragshaushalts 1997 zu beauftragen, um eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten einer wirtschaftlichen Belebung unter Einschluß einer aktiven und gestaltenden Investitionstätigkeit des Staates.

Darüber hinaus wird der Deutsche Bundestag aufgefordert, im Hinblick auf Artikel 115 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz festzustellen, daß das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht erheblich gestört ist.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/6903 abzulehnen.

Bonn, den 23. April 1997

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wieczorek (Duisburg)
Vorsitzender

Dietrich Austermann
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Berichterstatter

Karl Diller
Berichterstatter

Oswald Metzger
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dietrich Austermann, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Karl Diller und Oswald Metzger**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Mit einem Nachtragshaushalt die Arbeitslosigkeit bekämpfen und den Bundeshaushalt auf eine solide Basis stellen – auf Drucksache 13/6903 in seiner 157. Sitzung am 20. Februar 1997 dem Haushaltsausschuß federführend sowie dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuß für Verkehr, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie dem Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung mitberatend überwiesen.

Die Antragsteller legen dar, der für das Jahr 1997 erwartete drastische Anstieg der Arbeitslosenzahlen und die hinter den Schätzungen des Vorjahres zurückgebliebenen Steuereinnahmen 1996 hätten im Bundeshaushalt 1997 bereits zu Jahresbeginn zu einer Haushaltslücke in zweistelliger Milliardenhöhe geführt.

Auf die von den Antragstellern gegebene Begründung in Drucksache 13/6903 wird Bezug genommen.

II.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 26. Februar 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in seiner 53. Sitzung am 12. März 1997 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 den Antrag beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 52. Sitzung am 19. März 1997 den Antrag beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner 49. Sitzung am 19. März 1997 dem federführenden Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen diejenigen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, dem Plenum die Ablehnung des Antrags vorzuschlagen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 19. März 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS, bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner 71. Sitzung am 23. April 1997 den Antrag beraten und mehrheitlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der SPD – Mit einem Nachtragshaushalt die Arbeitslosigkeit bekämpfen und den Bundeshaushalt auf eine solide Basis stellen – auf Drucksache 13/6903 abzulehnen.

Bonn, den 23. April 1997

Dietrich Austermann

Berichterstatter

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Berichterstatter

Karl Diller

Berichterstatter

Oswald Metzger

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333